



# Ländlichen Raum als Wirtschaftsstandort voranbringen

Der ländliche Raum ist mehr als Wohn- und Erholungsraum für die städtischen Leistungszentren. Er ist mit seinen über 20 Mio. Arbeitsplätzen über die klassische Land- und Forstwirtschaft hinaus ein bedeutender Wirtschaftsstandort. Er trägt auf vielfältige Weise in erheblichem Maße zum deutschen Bruttoinlandsprodukt bei und generiert über 50 % der Wirtschaftsleistung hierzulande. Dieses Potenzial darf nicht durch eine einseitige Ausrichtung an zentrierten Wirtschaftsstandorten vernachlässigt und benachteiligt werden. Vielmehr müssen alle Anstrengungen unternommen werden, die Leistungsfähigkeit in der Fläche weiter zu entwickeln und auszubauen.

Der Deutsche Landkreistag fordert die Bundesregierung auf, folgende Punkte in den Mittelpunkt ihrer Politik für den ländlichen Raum und die Fläche zu stellen:

- Die Entwicklung der ländlichen Räume ist als wichtige Querschnittsaufgabe zu begreifen. Gemeinsam mit den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden ist ein übergreifendes Handlungskonzept für die ländlichen Räume zu erarbeiten. Teil eines derartigen Konzeptes sollte auch ein „Gesetzes-Check Ländliche Räume“ sein, mit dessen Hilfe dem Handlungskonzept Rechnung tragend die Raumwirksamkeit aktueller Gesetzgebungsvorhaben des Bundes überprüft und ausgewiesen wird.

- Eine intakte Infrastruktur ist grundlegende Voraussetzung für jeden Wirtschaftsstandort. Daher ist dafür Sorge zu tragen, dass bei der Bereitstellung der elementaren Flächeninfrastrukturen (bspw. Grundversorgung wie Energie, Breitband, Frischwasser, Entsorgung von Abfall und Abwasser, Verkehrsdienste) praktikable Lösungen gefunden werden, da-

mit diese Leistungen auch zukünftig finanzierbar bleiben.

- Der Wirtschaftsstandort „Ländlicher Raum“ muss in allen Wirtschaftsbereichen gleichberechtigt zu den Ballungszentren behandelt und unterstützt werden. Die Erhöhung des Angebots von Arbeitsplätzen in der Fläche muss hierbei oberste Priorität haben. Nach wie vor gehört die Land- und Forstwirtschaft zu den aus dem ländlichen Raum nicht wegzudenkenden Branchen. Allerdings müssen auch und gerade die vorhandenen Potenziale in Industrie, Handwerk, Mittelstand, Technologie, Forschung und Handel weiter entwickelt werden. Der Deutsche Landkreistag richtet deshalb an die Bundesregierung die Erwartung, dass sie in ihrer Politik für die ländlichen Räume die bereits erreichte Differenzierung des wirtschaftlichen Potenzials im ländlichen Raum aufgreift und aktiv die Diversifizierung der Einkommensmöglichkeiten neben der klassischen Landwirtschaft fördert, um das Spektrum wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit des ländlichen Raums zu erweitern.

- Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ ist in diesem Sinne zu einem Förderinstrument zugunsten des ländlichen Raumes insgesamt weiterzuentwickeln, mit dem neben der Landwirtschaft gezielt auch regionale Unternehmen, Dienstleister und Handwerker unterstützt werden können.

- Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ist in ihrem Volumen aufzustocken. Sie ist gerade für strukturschwache Gebiete eines der zentralen nationalen Förderinstrumente, welches nach Auslaufen der Investitionszulage 2013 noch an Bedeutung gewinnen wird.



- Zur bestmöglichen Nutzung der Potenziale müssen die Förderinstrumente um Möglichkeiten zur Bewirtschaftung von Regionalbudgets erweitert werden, um zur Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung noch besser als bisher die wirtschaftlichen Eigengestaltungskräfte zu nutzen.

- Bezogen auf die Strukturpolitik der EU wird die Bundesregierung aufgefordert, sich aktiv für eine Abkehr von Metropolkonzepten und für eine gleichberechtigte Förderung des ländlichen Raumes durch die Strukturfonds einzusetzen. Die finanzielle Ausstattung der Regionalförderung muss zudem gesichert bleiben, denn sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Förderung regionaler Entwicklungspotenziale und zum Entstehen von Arbeitsplätzen. Die kommunale Ebene muss zukünftig stärker in die inhaltliche Ausgestaltung und Umsetzung der EU-Strukturförderung eingebunden werden. Ein geeignetes Instrumentarium könnten Globalbudgets zur Umsetzung eigener regionaler Entwicklungsstrategien in eigener Verantwortung sein.

- Zur Förderung strukturschwacher Gebiete kann zudem erfolgversprechend sein, zunächst im Rahmen eines Modellprojektes in bestimmten Regionen die Standortbedingungen zur Ansiedlung von Unternehmen gezielt zu verbessern. Hier könnte der Landesgesetzgeber die befristete Möglichkeit erhalten, im Vergleich zum Bundesrecht Genehmigungsverfahren zu deregulieren, zu beschleunigen und damit bürokratische Hürden abzubauen.

- Für die strukturschwachen Landkreise spielt der Tourismus eine herausragende Rolle. Die Rahmenbedingungen für die Tourismusentwicklung in der Fläche müssen daher ständig weiter verbessert werden. Hierzu gehört auch die Entwicklung eines Leitbildes für den Tourismus, um die zwischen Bund und Ländern, aber auch zwischen den einzelnen Fachressorts stark zersplitterten Zuständigkeiten zu bündeln und in eine abgestimmte Strategie

einfließen zu lassen. Der Deutsche Landkreistag erwartet zudem von der Bundesregierung, dass sie im Rahmen ihrer Verkehrspolitik die Erreichbarkeit der touristischen Destinationen gerade in diesen Gebieten sicherstellt und weiter verbessert. Eine Politik des Rückzuges der Bahn aus der Fläche ist weder akzeptabel noch verkräftbar. Viele private Anbieter haben nach dem Rückzug der Deutschen Bahn aus vermeintlich unrentablen Strecken attraktive Verkehrsangebote entwickelt.

- Die Folgen des demografischen Wandels werden im ländlichen Raum besonders spürbar und stellen diese Gebiete vor große Herausforderungen. Ziel muss es nach wie vor sein, den Menschen auch in dünn besiedelten und peripher gelegenen Räumen gleichwertige Lebensverhältnisse im Verhältnis zu verdichteten Gegenden und Ballungszentren zu sichern und sie nicht von den wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten abzuschneiden. Neben der Ausrichtung der Förderpolitik ist hierzu vor allem die Aufrechterhaltung und Verbesserung der verkehrlichen Erreichbarkeit eine zentrale Voraussetzung.

- Der Zugang zu leistungsfähigen Breitbandnetzen ist zu einem wichtigen Standortfaktor geworden. In den ländlichen Regionen Deutschlands verfügen nur knapp drei Viertel der Haushalte über einen Zugang zu einem Breitband-Internetanschluss mit einer Übertragungsrate von 1 Mbit/s oder mehr. Daher muss das Ziel, bis Ende 2010 flächendeckend leistungsfähige Breitbandanschlüsse zu schaffen, weiterhin engagiert verfolgt werden. Um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu garantieren und um dauerhaft eine „Digitale Spaltung“ zwischen städtischen und ländlichen Regionen zu vermeiden, müssen auch im ländlichen Raum bedarfsgerecht Breitband-Anschlüsse mit Übertragungsraten von 50 Mbit/s oder mehr zur Verfügung stehen.